



Nr: 410

München, 15. Juli 2008

Bericht aus der Kabinettsitzung:

- 1. Bayern baut Hochschulen für steigende Studierendenzahlen und doppelten Abiturientenjahrgang aus / Staatsregierung strebt zusätzliche Flächen von insgesamt rund 130.000 qm an / Beckstein: „Steigende Studentenzahlen sind Riesenchance für Bayern“ / Wissenschaftsminister Goppel: „Modernisierung der Hochschulbauten ist Daueraufgabe mit hoher Priorität / Staatsregierung strebt Zeitrahmen von 10 Jahren für notwendige Maßnahmen an“ (Seite 2)**
- 2. Hervorragende Zwischenbilanz auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Bayern / Beckstein: „Sehr gute Ausgangssituation jetzt nutzen, um allen Jugendlichen die besten Ausbildungschancen zu geben“ / Huml: „Mit dem Startschuss von ‚Fit for Work – 2008‘ investieren wir über 23 Millionen Euro für beste Ausbildung in Bayern“ (Seite 4)**
- 3. Herrmann gegen Ausweitung der Arbeitsmigration nach Deutschland / Aus- und Weiterbildung muss Vorrang haben (Seite 8)**

./.

1. Bayern baut Hochschulen für steigende Studierendenzahlen und doppelten Abiturientenjahrgang aus / Staatsregierung strebt zusätzliche Flächen von insgesamt rund 130.000 qm an / Beckstein: „Steigende Studentenzahlen sind Riesenchance für Bayern“ / Wissenschaftsminister Goppel: „Modernisierung der Hochschulbauten ist Daueraufgabe mit hoher Priorität / Staatsregierung strebt Zeitrahmen von 10 Jahren für notwendige Maßnahmen an“

Bayern bereitet seine Hochschulen auf die steigenden Studierendenzahlen und den doppelten Abiturientenjahrgang 2011 vor und stellt - über die laufenden Baumaßnahmen für die Universitäten und Fachhochschulen hinaus - zusätzliche Flächen in einer Größenordnung von rund 130.000 qm bereit. Der Ministerrat beschloss dazu in seiner heutigen Sitzung ein detailliertes, nach Standorten gegliedertes Ausbaukonzept für die räumliche Erweiterung der bayerischen Hochschulen. Das Programm ergänzt den bereits beschlossenen milliardenschweren personellen Ausbau der Hochschulen.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein erklärte: „Die steigenden Studentenzahlen sind für Bayern eine Riesenchance. Mit der Entscheidung, bis 2011 an den Hochschulen 3.000 neue hochwertige Stellen und 38.000 zusätzliche Studienplätze zuschaffen, haben wir eindrucksvoll unterstrichen, dass wir uns dieser Herausforderung stellen und die Chance, noch mehr jungen Menschen eine hochwertige Ausbildung an unseren Hochschulen in Bayern zu ermöglichen, am Schopf packen. Ziel des heute beschlossenen Gesamtkonzeptes ist es, auch die räumliche Unterbringung der zusätzlichen Studenten und Lehrenden sicherzustellen.“

Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel betonte, dass die Staatsregierung damit frühzeitig und gemeinsam mit den Hochschulen die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte und gezielte Erweiterung der Ausbildungskapazitäten geschaffen hat. Der Minister bedankte sich

ausdrücklich bei den bayerischen Hochschulen für das konstruktive Miteinander bei der Erarbeitung der Ausbauplanung. Die Weichenstellungen für die prognostizierten stark steigenden Studierendenzahlen seien, so Goppel, eine für die Zukunftsfähigkeit des Landes entscheidende Aufgabe. „Diese zahlenmäßig starke Generation ist eine große Chance für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bayern, der dringend auf hoch qualifizierte junge Menschen angewiesen ist“, sagte der Minister. Bayern setze daher auch in Zeiten steigender Studierendenzahlen auf eine qualitätvolle Ausbildung und gehe beim Hochschulausbau deutlich über die Leistungen anderer Länder hinaus, die die Bundesmittel aus dem Hochschulpakt lediglich aufdoppeln.

Im Rahmen der räumlichen Ausbauplanung sollen zusätzliche Flächen in einem Umfang von insgesamt rund 130.000 qm Hauptnutzfläche geschaffen werden. 59.000 qm des Flächenbedarfs sollen durch Anmietungen, 34.000 qm durch Baumaßnahmen im Rahmen des Programms „Bayern 2020“ und 37.000 qm durch zusätzliche Baumaßnahmen gedeckt werden. Für die Anmietungen im geplanten Gesamtumfang von 59.000 qm werden nach dem Konzept ab dem Endausbau des Jahres 2011 jährlich Mittel in einer Größenordnung von 15,2 Millionen Euro angestrebt, wobei die Mittel ab 2008 schrittweise steigen sollen. Für 17 Neubaumaßnahmen mit einem Umfang von insgesamt 34.000 qm und einem Finanzvolumen von 235 Millionen Euro sind die Mittel bereits im Programm Bayern 2020 vorgesehen. Der verbleibende Flächenbedarf von weiteren rund 37.000 qm soll über zusätzliche Baumaßnahmen gedeckt werden. Hierfür sind nach derzeitigen Schätzungen weitere rund 120 Millionen Euro erforderlich. Diese Vorhaben sollen im Rahmen der allgemein für den Hochschulbau veranschlagten Haushaltsmittel finanziert werden.

Weiteres Thema in der Kabinettsitzung war auch die fortlaufende Modernisierung und der Ausbau von Hochschulgebäuden für die weitere Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts im

nationalen und internationalen Wettbewerb. Neben den stark steigenden Studierendenzahlen und dem doppelten Abiturientenjahrgang 2011 sei, so Wissenschaftsminister Thomas Goppel, der Modernisierungsbedarf im Hochschulbau generell eine zentrale hochschulpolitische Herausforderung der kommenden Jahre. Goppel hob hervor, dass in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel für den Hochbau im Wissenschaftsressort aus Sonderprogrammen zur Verfügung gestellt wurden, zuletzt 116 Millionen Euro für das Jahr 2008. Mit dem heutigen Kabinettsbeschluss strebt die Staatsregierung an, die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen in einem Zeitraum von 10 Jahren durchzuführen. Goppel: „Das ist im Interesse der Hochschulen sehr zu begrüßen.“ Weiteres Ziel sei es, so Goppel, auch die Bauunterhaltsmittel in den kommenden Jahren weiter kontinuierlich zu steigern. Bereits in diesem Jahr konnten laut Goppel der entsprechende Mittelansatz um knapp 10 Prozent oder 4,6 Millionen Euro auf jetzt 50,8 Millionen Euro erhöht sowie durch eine Aufhebung der Haushaltssperre weitere Mittel in Höhe von 8 Millionen Euro für den Bauunterhalt zur Verfügung gestellt werden.

2. Hervorragende Zwischenbilanz auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Bayern / Beckstein: „Sehr gute Ausgangssituation jetzt nutzen, um allen Jugendlichen die besten Ausbildungschancen zu geben“ / Huml: „Mit dem Startschuss von ‚Fit for Work – 2008‘ investieren wir über 23 Millionen Euro für beste Ausbildung in Bayern“

Bayern hat heute den Startschuss für das große Ausbildungsplatzprogramm „Fit for Work – 2008“ gegeben, um allen Jugendlichen in Bayern gute Ausbildungschancen zu geben. Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein zeigte sich anlässlich des Programmstarts sehr erfreut über die gute Zwischenbilanz auf dem bayerischen Ausbildungsstellenmarkt 2008. Beckstein: „Die Situation für unsere Jugendlichen und ihre Perspektiven auf dem bayerischen Ausbildungsstellenmarkt sind heute so gut wie schon lange nicht mehr.

Die hervorragende wirtschaftliche Gesamtentwicklung hat auch den bayerischen Ausbildungsmarkt voll erfasst. Bereits im Juni 2008 war die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze um 14,8 Prozent höher als im Vorjahr. Gleichzeitig ist die Zahl der noch unversorgten Bewerber um über 23 Prozent gesunken.“ Bei den Industrie- und Handelskammern wurden laut Beckstein mit über 32.000 Ausbildungsverträgen 10 Prozent mehr Ausbildungsverträge als im Vorjahr abgeschlossen. Aktuell kommen in Bayern derzeit auf 100 gemeldete Bewerber 91 gemeldete Ausbildungsstellen. Beckstein: „Diese Zwischenbilanz ist hervorragend. Denn im vergangenen Jahr hatten wir zum selben Zeitpunkt auf 100 gemeldete Bewerber lediglich 70 Ausbildungsstellen. Trotzdem hatten wir in Bayern am Ende des Vermittlungszeitraums deutlich mehr Ausbildungsstellen als Bewerber. Dies werden wir auch 2008 wieder schaffen, zumal die Ausgangssituation heuer noch besser ist!“

Diese Zahlen belegen nach den Worten Becksteins, dass die jungen Menschen in Bayern hervorragende Berufs- und Ausbildungsperspektiven haben: „Die gemeinsamen Anstrengungen von Freistaat und Wirtschaft für mehr Ausbildungsplätze zahlen sich voll aus. Wir haben bereits im letzten Jahr erreicht, dass für jeden ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stand. Und jetzt setzen wir mit dem Start von „Fit for Work – 2008“ zum 1. Juli 2008 noch eins drauf. Wir werden jetzt weiter intensiv daran arbeiten, allen Jugendlichen die besten Chancen zu bieten, auf dem Arbeitsmarkt mit einer guten Ausbildung Fuß zu fassen. Dafür stecken wir uns in Bayern - trotz einer sehr guten Gesamtausbildungssituation – auch im regionalen Vergleich und im Hinblick auf die sogenannten „Altbewerber“ weitere ehrgeizige Ziele. Jeder Euro, den wir in verbesserte Ausbildungschancen investieren, ist gut angelegtes Geld für die Zukunft unserer jungen Menschen.“ Beckstein unterstrich, dass Bayern die gute konjunkturelle Entwicklung gezielt nutzen werde, um speziell auch den

benachteiligteren jungen Menschen eine gute berufliche Perspektive zu bieten. Beckstein: „Wir wollen, dass jeder Jugendliche in Bayern seine Chance hat. Insgesamt werden wir in Bayern mit „Fit for Work – 2008“ über 23 Millionen Euro in den Ausbildungsstellenmarkt investieren.“

Auch Arbeitsstaatssekretärin Melanie Huml hat Wirtschaft, Arbeitsverwaltung und Politik zu einer weiteren gemeinsamen Kraftanstrengung auf dem Ausbildungsmarkt in Bayern aufgefordert. „Wir werden die nächsten Monate nutzen, um allen Jugendlichen bei der Lehrstellensuche zu helfen.“ Mit dem Programm „Fit for Work“ hat Bayern Huml zufolge allein im vergangenen Jahr die Schaffung von 2.500 zusätzlichen Ausbildungsplätzen unterstützt. „Wir wollen auch in diesem Jahr erreichen, dass für jeden ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz oder ein sonstiges Qualifizierungsangebot zur Verfügung steht“, erklärte die Staatssekretärin. Mit „Fit for Work - 2008“ unterstützt Bayern, so Huml, nicht nur die Jugendlichen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle. Auch Betriebe werden bei der Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen gezielt gefördert. Im Einzelnen umfasst das neue Ausbildungsprogramm folgende Maßnahmen:

- Für jeden zusätzlichen Ausbildungsplatz erhalten bayerische Klein- und Mittelbetriebe einmalig 2.500 Euro, wenn sie einen Jugendlichen mit höchstens einfachem Hauptschulabschluss oder Jugendliche in Teilzeitausbildung ausbilden. Außerdem werden Betriebe gefördert, die erstmals ausbilden. In den ungünstigen Agenturbezirken Weißenburg, Bayreuth, Hof, Coburg, Bamberg, Augsburg, Weiden, Schweinfurt und Schwandorf beträgt die Förderhöhe sogar 3.000 Euro.
- Auch die zusätzliche Ausbildung im Verbund wird mit bis zu 4.000 Euro gefördert. Jetzt können sich die Ausbildungsverbände nicht nur innerhalb der Europäischen Union bilden, sondern sind auch Verbundausbildungen mit Ausbildungsteilen in der Türkei möglich.

„Jugendlichen türkischer Herkunft wird damit ermöglicht, gerade im Hotel- und Gastronomiebereich eine Ausbildung aufzunehmen und einen Teil der Ausbildung in der Türkei im Verbund zu absolvieren. Neben der Stärkung der Internationalität dieses Ausbildungsbereichs wollen wir damit Jugendliche türkischer Herkunft stärker an eine Ausbildung heranführen“, erläuterte die Staatssekretärin.

- Mit rund 2,3 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen des Arbeitsmarktfonds fördert die bayerische Staatsregierung wieder gezielt die regionale Mobilität der Jugendlichen. Jugendliche aus besonders ungünstigen Arbeitsagenturbezirken erhalten eine monatliche Unterstützung in Höhe von 150 Euro.
- Auch in diesem Jahr werden Staatsregierung, die bayerische Wirtschaft und die Arbeitsverwaltung mit einer gemeinsamen Kampagne in ganz Bayern für neue Lehrstellen werben. Dazu gehört ganz wesentlich die Arbeit der Ausbildungsplatzakquisiteure. „Neben der reinen Akquise von Ausbildungsplätzen werden sich acht Akquisiteure insbesondere der Familien mit Migrationshintergrund annehmen. Ziel ist es, bei Familien und Unternehmen, die einen Migrationshintergrund haben, intensiv für die duale Berufsausbildung zu werben. Denn die duale Ausbildung ist in anderen Ländern kaum bekannt. Dies behindert oftmals den Zugang junger Menschen mit Migrationshintergrund zur Ausbildung“, so Huml.
- Darüber hinaus werden Betriebe aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds mit 3.000 Euro gefördert, wenn sie einen Ausbildungsplatz für Absolventen aus Praxisklassen bayerischer Hauptschulen unmittelbar nach Schulende zur Verfügung stellen.

Diese Maßnahmen werden durch schulische Initiativen ergänzt. Mit dem Berufseinstiegsjahr werden ab dem Schuljahr 2008/2009 ausbildungsreife Jugendliche, die vor allem strukturbedingt regional keinen Ausbildungsplatz finden, unterstützt. Zudem wird das bewährte kooperative Berufsvorbereitungsjahr auf 3.000 Plätze ausgebaut. Auch das Berufsintegrationsjahr für berufsschulpflichtige Jugendliche mit

erhöhtem Sprachförderbedarf soll auf bis zu 1.000 Plätze ausgebaut werden. Darüber hinaus wird die Förderung von Ausbildungsplätzen in der Altenhilfe weiter geführt. „Aufgrund der demografischen Entwicklung werden wir in Zukunft deutlich mehr Pflegekräfte benötigen. Selbst wenn mehr Angehörige für die Pflege bereit stünden, müsste sich die Zahl der professionellen Pflegekräfte in den nächsten Jahrzehnten mehr als verdoppeln. Dieser Entwicklung steht derzeit leider eine geringe Ausbildungsbereitschaft der Pflegeeinrichtungen - insbesondere der ambulanten Pflegeeinrichtungen - gegenüber. Um die Anreizfunktion für die Ausbildungsträger nochmals zu verstärken, haben wir die Förderung von 2.500 Euro auf 3.000 Euro pro zusätzlich geschaffenen Ausbildungsplatz erhöht“, erklärte die Staatssekretärin und appellierte zugleich an die Einrichtungsträger, mehr junge Menschen auszubilden. Die Schaffung von Ausbildungsplätzen sei eine wichtige Investition in die Zukunft.

Nach den Worten der Staatssekretärin sind Aus- und Weiterbildung aber kein Selbstzweck. „Sie sind auch die beste Antwort, die Unternehmen und Politik auf die wachsende Nachfrage an Fachkräften geben können. Unternehmen, die ausbilden und ihre Mitarbeiter qualifizieren, investieren in ihre künftigen Leistungsträger und sichern so ihre Wettbewerbsfähigkeit“, erklärte Huml. Neben diesen finanziellen Maßnahmen wird die Staatsregierung gemeinsam mit ihren Partnern aus der Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung wieder eine Vielzahl von Aktionen, beispielsweise den bayerischen Tag der Ausbildung am 22. September durchführen, um weiter für zusätzliche Ausbildungsplätze zu werben.

3. Herrmann gegen Ausweitung der Arbeitsmigration nach Deutschland / Aus- und Weiterbildung muss Vorrang haben

Die Staatsregierung lehnt die Pläne des Bundesinnenministeriums und des Bundesarbeitsministeriums, den deutschen Arbeitsmarkt für

abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber weitgehend zu öffnen, ab. Genauso kritisch zu sehen ist der geplante weitgehend freie Zugang für Hochschulabsolventen aus aller Welt auf den deutschen Arbeitsmarkt. Herrmann: „Die Vorschläge der Bundesregierung gehen weit über den Zuwanderungskompromiss von 2004 hinaus, der in langen Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU und der damaligen Rot-Grünen-Koalition erreicht wurde. Die damals festgelegten Grundsätze der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung für Arbeitskräfte werden durch das Aktionsprogramm der Bundesregierung weitgehend aufgeweicht. Anfang Juli waren immer noch über drei Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos. Deshalb müssen Qualifizierung sowie Aus- und Weiterbildung der einheimischen Arbeitskräfte Vorrang haben. Solange dieses Arbeitskräftepotential bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist, darf die Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt nicht ausgeweitet werden.“

Die Bundesregierung plant die uneingeschränkte Öffnung des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten, die Senkung der Einkommensgrenze für Fachkräfte von 86.400 Euro auf 63.660 Euro sowie eine weitgehende Öffnung für alle Hochschulabsolventen aus Drittstaaten und für deren Familienangehörige. Herrmann: „Über eine maßvolle Senkung der Einkommensgrenze kann man diskutieren. Sie birgt aber die Gefahr, dass die wirklichen Top-Leute dann in die USA, Großbritannien oder die Schweiz gehen und Deutschland zu einem zweitklassigen Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen aus aller Welt wird. Außerdem findet den Plänen zu folge überhaupt keine Begrenzung mehr auf Mangelberufe statt. Der deutsche Arbeitsmarkt benötigt aber hochqualifizierte Ingenieure oder Computerspezialisten. Es ist der falsche Weg, in Zukunft jeden x-beliebigen Hochschulabschluss zur Eintrittskarte nach Deutschland zu machen.“

Genauso problematisch sieht Herrmann die Regelung zugunsten abgelehnter Asylbewerber, die hier eine Ausbildung gemacht haben. „Das ist ein falsches Signal an diejenigen, die es verstehen ihr ansonsten erfolgloses aufenthaltsrechtliches Verfahren hinauszuzögern und so ihre Ausbildung und Berufstätigkeit bis zu einer Legalisierungsgrenze fortzusetzen“, so Herrmann.

gez.
Rainer Riedl
Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei++++